

» Einem vermeintlichen Generationenkonflikt entgegenwirken – und (gemeinsam) gestalten

Anmerkungen zu einer Politik für mehrere Generationen



Christian Kurzke

Studienleiter des
Studienbereichs „Jugend“
Evangelische Akademie
Sachsen

christian.kurzke@evlks.de
[https://ea-sachsen.de/
jugend/](https://ea-sachsen.de/jugend/)

I. Fragwürdiges Schubladen-denken

Dieses von mir moderierte Podiumsgespräch werde ich so schnell nicht vergessen: Erst schienen alle vorurteilsgeprägten Schubladen zu passen, aber schnell schon überhaupt nicht

mehr. Und so begann es: Für ein Podiumsgespräch mit dem Titel „Konkurrenz der Generationen? Generationengerechtigkeit für Kinder und Jugendliche in Sachsen“ suchte ich nach einer sich beteiligenden Senior/inn/envertretung. Die Kommunikation war schleppend, doch nach einiger Zeit stand eine fast 80-jährige Frau als delegierte Person fest. Als Kontaktdaten gab es nur eine Postanschrift sowie eine Festnetznummer. Das änderte sich in der darauffolgenden Zeit auch nicht, sie hatte tatsächlich weder eine Mobilnummer noch eine E-Mailanschrift. Wir sendeten also für die formellen Notwendigkeiten tatsächlich Briefe und das telefonische Abstimmen fiel auch schwer. – Schublade auf: „Typisch ältere Person, langsam und dadurch kompliziert, bereits mit einem gewissen Abstand zu den Geschwindigkeiten des heutigen Alltags und der Kommunikation miteinander.“ – Schublade zu. Eine andere Schublade ging dann während der ersten Monate der Corona-Pandemie auf: „Die jungen Leute halten sich an keine Regeln, sind laut, hinterlassen Schmutz und wenn ihnen etwas nicht passt, dann benehmen sie sich schnell mal in aller Öffentlichkeit ziemlich daneben, bis die Polizei kommt.“ – Andere Schublade zu. Und gleich die nächste Schublade auf: „Die Angehörigen der Senior/inn/eneneration sind ja deutlich mehr, also wird doch die Politik mit Sicherheit an deren Interessen ausgerichtet, wegen deren Wählerstimmen ...“ – Wieder Schublade zu.

So weit, so einfach. Schon haben wir einen vermeintlichen Generationenkonflikt sehr lebendig beschrieben.

Und wie lief es dann wirklich? Mit der Vertreterin der Senior/inn/enorganisation hatte ich im Vorbereitungsprozess eine sehr agile und themenfokussierte wie auch persönliche Verständigung. Einen Teil der Anreise bewältigten wir gemeinsam im Auto, denn für sie hätte eine Anreise mit dem ÖPNV zur Folge gehabt, trotz eines Veran-

staltungsendes um 18:30 Uhr im nicht sehr großen Sachsen nicht mehr nach Hause zu kommen. Der widrige ÖPNV in ländlichen Regionen ist eine Herausforderung, die dort auch junge Menschen in ihrem Alltag sehr prägt und einschränkt. Ein Mobiltelefon und einen Internetzugang hatte die Frau nicht, weil dies der Netzausbau in ihrem Dorf noch nicht in alltagstauglicher Form ermöglicht. Auch das ist eine Herausforderung, die junge Menschen in ländlichen Regionen in ihrem Alltag sehr prägt beziehungsweise einschränkt.

Die gut und leicht gefüllten Denk-Schubladen ließen sich dann immer schwerer nutzen und erst recht schließen. Was ich erlebte, passt gewissermaßen nicht so recht ins Bild, nicht zu den geläufigen Generationenklischees und nicht zu unserem Podiumsgespräch, in dem ja Generationengerechtigkeit in Frage stehen sollte. In einer sehr nachdrücklichen Form war das dann auch tatsächlich ein Ergebnis des Podiumsgesprächs. Auffällig übereinstimmend setzte man auf das Gemeinsame und auf Gerechtigkeit, ganz gleich, ob die jüngste Abgeordnete des Landtages einer neuen Regierungspartei, der erfahrene Generalsekretär einer schon immer im Freistaat Sachsen regierenden Partei, ob der Wissenschaftler, die Mitarbeiterin eines soziokulturellen Zentrums im Ländlichen Raum oder die hier beschriebene Seniorin sprach. Alle suchten das Verbindende anstatt das Trennende und verstanden diese Lösungsorientierung als Gebot und sogar als Selbstverständlichkeit.

Im Folgenden möchte ich einige Gedanken zusammentragen, die vor allem auf Arbeits- und Alltagserfahrungen fußen und weniger aktuelle Studien, Berichte und Aufsätze zitieren (wohlwissend, dass deren Tenor inhaltlich auch nicht wirklich gegenteilig zu meinen Ausführungen ist).

II. Generationsübergreifende Teilhabe

Politische Entscheidungen haben in aller Regel eine positive (mitunter auch eine negative) Auswirkung auf den Lebensalltag von Menschen. Eher die kleinere Anzahl an Entscheidungen betrifft ausschließlich die junge Generation oder die der Ü-60-Jährigen. Doch bereits der Blick auf den ländlichen ÖPNV und den stockenden Netzausbau verdeutlicht, dass viele politische Entscheidungen – auf der Bundes-, Landes- oder kommunalen Ebene – Auswirkungen auf alle Generationen haben. So ist davon auszugehen, dass sowohl junge Menschen wie auch die Senior/inn/en ein hohes Interesse daran haben, auf ein gutes und dichtes ÖPNV-Netz zu-

rückgreifen zu können, welches sich an den sieben Wochentagen nicht nur an Schulzeiten orientiert. Sicherlich unterscheidet sich in aller Regel der Zweck/das Ziel der Fahrt zwischen den Generationen und deren Alltags- und Freizeitgestaltung, aber eben nicht das Interesse an der Mobilitätsmöglichkeit und der damit verbundenen Unabhängigkeit von Dritten wie den Eltern, der Familie, dem Freundeskreis etc. Ebenso ist davon auszugehen, dass beide Altersgruppen ein hohes Interesse daran haben, problemlos und ohne Funklöcher mobil zu telefonieren und zu Hause wie unterwegs die Möglichkeiten des Internets zu nutzen. Auch hier gibt es nachgewiesene Unterschiede zwischen den Generationen im Nutzungsverhalten, jedoch hat spätestens die Pandemie ein entschiedenes Ausrufezeichen hinter die Notwendigkeit eines vollständigen wie auch schnellen Netzausbaus mit schlichten wie auch nachdrücklichen Beispielen gesetzt: Sei es zum Beispiel für die Möglichkeit der Bildtelefonie mit den entfernt wohnenden (Enkel-)Kindern oder der Teilhabemöglichkeit am Unterricht von geschlossenen Schulen.

Die verschiedenen Generationen haben anstatt eines (gesellschaftspolitischen) Konfliktes vielmehr diverse gemeinsame Interessen und deutlich wird das unmittelbar mit Blick auf den gemeinsamen Sozialraum. Gerade wenn sie im gleichen Ort/Quartier leben, haben sie ein hohes und zugleich gemeinsames Interesse daran, dass dies eine vitale Region mit vielen Möglichkeiten ist. Auf dieses gemeinsame Interesse kann jede Generation für sich aufmerksam machen. Die Generationen können sich aber auch zusammen für dieses gemeinsame Interesse engagieren. Sie haben ebenso den Bedarf, dass es im Sozialraum gleichzeitig gute Bedingungen sowohl des Jung-Seins und des Senior/inn/en-Seins geben sollte. Aus der Perspektive der politischen Verantwortungstragenden bedeutet dies, sowohl in der Politik für junge Menschen wie auch in der Politik für die Ü-60-Jährigen die gemeinsamen politischen Handlungsfelder/-notwendigkeiten zu erkennen und zu verfolgen. Es ist aber auch dem Wunsch nach Anerkennung und Entfaltung der jeweiligen Generation nachzukommen – vereinfacht formuliert: Ein Jugendclub ist eben ein Jugendclub und kein Senior/inn/enclub und umgekehrt. Darüber hinaus besteht ausdrücklich der Bedarf an intergenerationaler Politik. Die zu recht viel gepriesenen Möglichkeiten eines Mehrgenerationenhauses allein werden diesem Bedarf längst nicht gerecht. So besteht die Notwendigkeit, dass beide Generationen jeweils eigene (Rückzugs-)Räume benötigen. Der elementare Unterschied besteht jedoch darin, dass der jungen Generation solche Räume auch zum Ausprobieren, Scheitern und dem Erfahren von Grenzen zugebilligt sein sollten, und dafür müssen dann auch fachliche Strukturen für die Begleitung vorhanden sein. Die fachpolitische Notwendigkeit, Angebote der Jugendarbeit sicherzustellen,



Podiumsgespräch zum Thema „Konkurrenz der Generationen? Generationengerechtigkeit für Kinder und Jugendliche in Sachsen“ am 27. Februar 2020 in Kohren-Sahlis, Foto: Georg Spindler, Christian Kurzke

len, unterstützt die Identifizierung mit dem sozialen Nahraum nicht nur der jungen Menschen. Diese sind bei Ausbleiben eines öffentlich geförderten Angebotes nur schneller bereit, sich alternative Räume zum Ausprobieren, Scheitern und dem Erfahren von Grenzen zu suchen und vor allem zu nehmen, und zwar in einer Form, welche der Rest der Gesellschaft dann leicht missbilligend, als auffällig und störend wahrnimmt. Oder junge Menschen nehmen eines der zahlreichen analogen wie auch digitalen Alternativangebote an, nicht zuletzt von Akteuren, die dem Ansinnen einer demokratisch und plural verfassten Gesellschaft regelrecht entgegenwirken. Nun wird der Notwendigkeit einer professionellen Begleitung nicht – wie aber allzu häufig angenommen – allein durch das Ermöglichen von (selbstverwalteten) Jugendclubs nachgekommen. Diese Angebotsform ist nur ein kleiner Bestandteil von möglichen weiteren Optionen einer fachlichen Jugendarbeit außerhalb der Schule. In jedem Fall kann Jugendbildungsarbeit eine Mittlerstelle zwischen den Generationen sowie zwischen jungen Menschen und den Akteuren in Politik und Administration sein.

Um an dieser Stelle noch einmal das Bild der „Schubladen“ zu bemühen: Es wird nicht ausreichen, ein Angebot für „die“ Jugend und „die“ Senior/inn/en zu entwickeln. Man wird dann in der Folge wahrscheinlich irritiert zur Kenntnis zu nehmen müssen, dass dieses wie jenes Angebot auf wenig Nachfrage stößt. Es gibt nun mal nicht „die Jugend“ und „die Senior/inn/en“. Lebenslagen sind divers und entsprechend auch der Bedarf und die Gestaltungsmöglichkeiten. Auch die verschiedenen Bildungsinteressen und zahlreiche Subkulturen in den jeweiligen Generationen unterstreichen, dass hier Verallgemeinerungen nicht hilfreich sind. Not-

wendig ist vielmehr das Annehmen und Akzeptieren dieser Verschiedenheiten. Ist das ein Dilemma? Kommunen und Stadtteile, die intensiv Teilhabeprozesse ermöglichen, zeigen: Das Annehmen und Akzeptieren von Generationsunterschieden ist kein Dilemma, sondern ein Potenzial. Teilhabe ermöglicht die Transparenz von politischen und administrativen Entscheidungsprozessen, was für Demokratien ein elementarer Aspekt ist. Und es kann sich beteiligt werden, Mitwirkung und Mitbestimmung sollten ebenso möglich sein wie das Wahr- und Aufnehmen anderer Interessen, Bedarfe und womöglich Problemlagen. Teilhabe erhöht also die Wahrscheinlichkeit, aufeinander zuzugehen, den Anderen wahrzunehmen und zuzulassen sowie den Sozialraum mitzugestalten und sich dadurch mit diesem positiv zu identifizieren, losgelöst von einer Generationenzugehörigkeit. Eine solche gemeinsame wie auch gegenseitige Verständigung ist bedeutend für das Miteinander wie auch für die Identifizierung von politischen Entscheidungsmöglichkeiten. Dabei ist freilich sicherzustellen, dass trotz unterschiedlicher Lebenserfahrung eine Begegnung auf Augenhöhe eine Ausgangsbedingung ist. Nur so gelingen die Wahrnehmung und auch das Bearbeiten der Bedürfnisse der jeweiligen Generation. (Organisierte) Perspektivenwechsel sind dafür hilfreich. Insbesondere die „älteren“ Generationen können dabei ein zugewandtes Interesse an der jungen Generation ausdrücken, wodurch das Wachsen einer sozialen Bindung gestärkt wird. Oder um es polemisch zu formulieren: Wenn die Alten die Jungen vergessen, dann werden die Jungen gewiss gehen, die Regionen noch älter werden und die Alten unter sich bleiben. Veränderung in Kommunen, aber auch in der Gesellschaft, geht nur gemeinsam. Dies ist eine Basis nicht nur für unsere demokratisch verfasste Gesellschaft, sondern eben auch für lebendige und aktive Orte, ganz gleich ob im abgelegenen Ländlichen Raum wie auch in einer Großstadt.

III. Politik konkret

Aus der Perspektive eines Autors, der sich insbesondere mit den Bedingungen des Aufwachsens junger Menschen sowie der Politik für junge Menschen befasst, sollen in der Folge drei politische Perspektiven für eine intergenerationale Bildungsarbeit benannt sein.

Eine der größten sozialen Herausforderungen sind stete Armutslagen in allen Generationen. Politische Entscheidungen, sofern sie denn überhaupt ausreichend angestrebt wurden, haben bislang nicht zu einer gerechteren Vermögensverteilung und damit zu Zugangsmöglichkeiten als Voraussetzung für gleichberechtigte Teilhabe gesorgt. Mehr noch: Armut ist eine generationsübergreifende Problematik und *das* Beispiel für von Generation zu Generation vererbte und sich somit problematisch verfestigen-

de Lebenslagen. Dieses vorhandene Wissen veranschaulicht sehr nachdrücklich, dass gesellschaftliche Zustände generationenübergreifend analysiert werden müssen und in der Folge auch mit gesamtgesellschaftlich orientierten politischen Entscheidungen verändert werden. Drei dafür essentiell notwendige Instrumente werden derzeit intensiv diskutiert und finden sich auch in zahlreichen Wahlprogrammen und Positionspapieren wieder: 1. Die Absenkung des Wahlrechters auch für 16- oder gar für 14-Jährige. Zurückliegende Kampagnen wie die regelmäßig durchgeführten U-18-Wahlen verdeutlichen, dass es dadurch weniger zu einer massiven Verschiebung der Wahlergebnisse kommen würde, gleichwohl aber zu einer verstärkten Identifikation mit dem Potenzial unserer Demokratie und der implizierten Teilhabemöglichkeit einer jeden einzelnen Person. Zudem würden sich die politischen Ziele der zur Wahl stellenden Parteien viel stärker mit den Wirkungen von politischen Entscheidungen für diese Bevölkerungsgruppe befassen und zum Beispiel ihre Ansprache junger Menschen stärker absichern.

2. Die explizite Aufnahme der Kinderrechte in das Grundgesetz sowie 3. die Etablierung eines Jugendchecks in Gesetzgebungsverfahren würden sicherstellen, dass die Belange von jungen Menschen vor jeder politischen Entscheidung auch explizit eine Prüfung erfahren.

„Das Kompetenzzentrum Jugend-Check (KomJC) prüft Gesetzentwürfe der Bundesregierung auf jugendrelevante Auswirkungen. Stellt das KomJC diese fest, wird ein Jugend-Check zum Entwurf veröffentlicht. Darin werden mögliche Auswirkungen auf unterschiedliche Gruppen junger Menschen zwischen 12 und 27 Jahren differenziert dargestellt“ (Quelle und weitere Informationen: <https://www.jugendhilfeportal.de/politik/kinder-und-jugendpolitik/artikel/mit-dem-jugend-check-die-belange-junger-menschen-im-blick-behalten/>)

Bislang haben junge Erwachsene kaum die Möglichkeit, sich selbst zu beziehungsweise in diesen Verfahren zu positionieren. Aber auch hier hat die Corona-Pandemie Bedenkenträger rund um die Achtung und Bewahrung von politischen Kinderrechten geschwächt.

Zur Klarheit gehört auch dazu, dass auch hier ein Prozess ansteht und es nicht mit einer oder zwei politischen Entscheidungen getan ist. Den Blick in Sachsen belassend, können hier aber auch richtungweisende Entwicklungen benannt werden: Zum Zeitpunkt des Verfassens dieses Beitrags der Entwurf des kommenden Doppelhaushaltes für den Freistaat vorgelegt. Wenngleich dieser noch nicht verabschiedet ist, so verspricht er zumindest auf Landesebene keine Kürzungen im Sozialen Be-

reich – wenngleich dafür auch enormer zivilgesellschaftlicher Druck notwendig war. Dies ist u.a. deshalb beachtlich, weil dies eine Anerkennung der Zukunftsrelevanz dieses gesellschaftlichen Sektors auch mit Blick auf einen gesellschaftlichen Zusammenhalt beinhaltet. Allerdings bleibt fraglich, inwiefern Kommunen in Anbetracht der pandemiebedingten Finanzeinbußen diesem Vorbild folgen werden. Ebenso zaubert dies nicht bereits jetzt fehlende Fachkräfte in der außerschulischen Jugendarbeit herbei, die noch dazu in ihrem Angebot sehr ausgedünnt ist. Ein weiteres Beispiel ist eine seit Beginn 2018 greifende Änderung der sächsischen Gemeindeordnung. Gemeinden und Landkreise sollen seitdem bei Planungen und Vorhaben, welche die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, diese in angemessener Weise beteiligen. Dem voran ging ein jahrelanger Prozess, auch Fachstandards für Jugendbeteiligung wurden u.a. auch unter Mitwirkung der Evangelischen Akademie auf den Weg gebracht. In diesem Zusammenhang wurde auch eine Servicestelle Kinder- und Jugendbeteiligung etabliert, um unterstützende Beratungsprozesse abzusichern. Auch der ÖPNV ist Gegenstand politischer Entscheidungen, sowohl der Takt- als auch der Netzausbau werden mühevoll vorangetrieben und ein Azubiticket unterstützt junge Erwachsene. Und in der noch jungen Legislatur soll eine „interministerielle Arbeitsgruppe Eigenständige Jugendpolitik“ revitalisiert werden. Diese „IMAG“ sensibilisiert in allen Ministerien für Entscheidungen mit Auswirkungen auf das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen. Denn zunehmend wird verstanden, dass Politik bzw. Entscheidungen für junge Menschen nicht nur im Sozialministerium gestaltet werden, sondern auch in jedem anderen Ministerium Belange junger Menschen berührt und daher auch gestärkt werden können und müssen. Auch hier ermöglicht die Evangelische Akademie Sachsen neben anderen Akteuren seit mehreren Jahren immer wieder relevante Impulse in Form von Veranstaltungen, Texten und Positionierungen.

IV. Generationenkonflikte – eine gute Erzählung!?

Natürlich stellt sich auch die Frage, in welcher konkreten Form Akteure der Bildungsarbeit sowohl in der Jugend- als auch der Erwachsenenbildung verantwortungsvoll hilfreiche Beiträge leisten können und nicht beim Verweisen auf die Verantwortung von Politik und Administration stehen bleiben. Meiner Einschätzung nach ist das bewusste, auch generationenübergreifende Aufgreifen der gesellschaftspolitischen Mehrgenerationen-Themen noch deutlich ausbaufähig. Einstiegsmöglichkeiten könnten bspw. kleine generationenübergreifende und quartiersorientierte Veranstaltungen sein, insbesondere dann, wenn ein vermeintlicher Generatio-



nenkonflikt zu entstehen beginnt und die Schubladen aufgezogen werden. Eine weitere Möglichkeit ist, diesen Zugang in Gesprächen mit anderen Akteuren, Fachkräften, Politiker/inne/n zu platzieren und dadurch dessen Bedeutung auch für den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu unterstreichen. Gerade die generationenübergreifende Herausforderung der materiell armen Lebenslagen unterstreicht hier in ganz schlichter und doch eindrucklicher Form eine gesellschaftspolitische Notwendigkeit. Ein ganz anderer Ansatz könnte sein, bei thematischen Veranstaltungen ganz bewusst die Perspektive der jeweils anderen Generation mit einzubinden und programmatisch die Möglichkeit zu schaffen, dass die Generationen einander zuhören können. Dabei wird es wichtig sein, bereits in der Öffentlichkeitsarbeit die verschiedenen „Kanäle“ und „Sprachen“ der Generationen zu verwenden, denn ob Senior/inn/en von einer in jugendorientierter Sprache in den Sozialen Medien veröffentlichten Einladung angesprochen werden, ist fraglich. Hilfreich ist auch, Hemmnissen von Beginn an entgegenzutreten, bspw. junge Menschen nicht als Einzelperson, gar als „junges Beispiel“ im Sinne einer Quote anzusprechen. Begeisternd auch für die eigene Zugangsperspektive kann sein, dass es wohl kein gesellschaftliches Thema, keine soziale Herausforderung gibt, zu der nicht Menschen aus jeder Generation sich verhalten dürfen, aus eigener Betroffenheit müssen und daher Meinungen bilden können.

Vermeintliche Generationenkonflikte verblassen vor dem Hintergrund der in diesem Text skizzierten Handlungsmöglichkeiten lediglich zu einer Erzählung, die sich aus bestimmten und bewusst verwandten „Schubladen“ speist. Das stete Füllen von „Schubladen“ allerdings würde in der Tat Gegensätzlichkeit suchen, hervorheben und darauf beharren. Es wäre eine schlechte Erzählung. Gute Erzählungen jedoch sind viel beliebter und angenehmer, in jeder Generation – und in jeder Lebenslage.